an Menschen, auch ist die sogenannte Bodenrente nicht berücksichtigt. Aber es ist im letzten Jahrzehnt jedem Landwirt möglich gewesen, noch unter dem Selbstkostenpreis von 150 Mark pro Gehilfen täglich zu arbeiten. Noch nie hat es sich nach Aussage vieler Landwirte besser auf dem Felde arbeiten lassen, als in diesem Jahre. Selten ist die Kartoffelernte von solch gutem Wetter begünstigt gewesen. Aus all diesen Gründen ist unsere Aufstellung eher zu günstig für den Landwirt. Und trotzdem wird der hohe Preis von 50 Mark pro Zentner gefordert, und schwerlich würden sich viele Landwirte nicht scheuen, sogar 60 Mark zu nehmen. Wir sind unterrichtet, daß ein Getreidehändler 54 Mark ab Feld bezahlt hat, während die Höchstpreise für ausgelesene Kartoffeln ab Bahnstation gelten. **Ein Wucher wird hier getrieben, der nicht energisch genug bekämpft werden kann. Dafür sind auch die gesetzmäßigen Handhaben gegeben.** Auch das [illegible] Aufkaufen mancher Industriefirmen muß bekämpft werden. Tagtäglich rollen die Lastautos bis zum Zusammenbrechen beladen vom Lande nach der Großstadt. Nach dem Preis wird gar nicht gefragt. Vom Felde und unverlesen werden die Kartoffeln weggefahren. **Betriebsräte, was sagt ihr zu dieser Preistreiberei.** Was nutzt es der Gesamtheit der Bevölkerung, wenn im Gelde schwimmende Firmen ihren Arbeitern einen Zuschuß zu den Kartoffeln geben, wenn nicht von allen auf einen vernünftigen Preis hingewirkt wird? Zu Zehntausenden stehen die Metallarbeiter auf der Straße, ihnen verschafft niemand verbilligte Kartoffeln. Niemand will etwas geschenkt haben. Jeder soll leben, auch der Landwirt. Aber gegen diesen Wucher machen wir Front und **fordern die Preisprüfungsstelle, die noch als ein Rest des im Interesse der Verbraucher wirkenden Landespreisamtes vorhanden ist, auf, rücksichtslos vorzugehen.** Noch ist es nicht zu spät! Gemeindeverwaltungen heraus! Ernährungsausschüsse rettet, was zu retten ist! Wir wissen, daß der sächsischen Regierung durch die volksfeindliche Politik eines Ernährungsministers Hermes fast gänzlich die Hände gebunden sind, aber auch sie fordern wir auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für alle Minderbemittelten zu sorgen. Nicht Almosen wollen wir, sondern billige Preise!

Gegen die hohen Kartoffelpreise

Bochum, 11. Oktober. Der Verband der Bergarbeiterverbandes hat an den Reichskanzler folgende Eingabe gerichtet: „In dem Industriegebiet macht sich eine immer mehr steigende Erregung über die hohen Kartoffelpreise bemerkbar. Preise von 70 bis 80 Mark für den Zentner sind keine Seltenheit mehr. Bei diesen Preisen ist es unmöglich, daß die Arbeiterschaft Kartoffeln einkellern kann. Besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist die Einkellerung eine alteingebürgerte Gewohnheit. In diesem Jahre kommt aber hinzu, daß den Arbeitern ein Einmachen von Schnittbohnen und Sauerkraut infolge der ungeheuren Preise unmöglich war. Nach den amtlichen Berichten ist die Kartoffelernte keine schlechte. Die Gestehungskosten rechtfertigen solche hohen Preise keineswegs. Es handelt sich lediglich um Wucherpreise als Folge der Freigabe der Kartoffelwirtschaft. Die Versorgung der Industriebevölkerung mit Kartoffeln ist in Frage gestellt. Angesichts der großen Gefahr bitten wir den Herrn Reichskanzler dringend, mit geeigneten Maßnahmen den Kartoffelwucher unmöglich zu machen. Für unbedingt notwendig erachtet wird die Festsetzung von Höchstpreisen und eine Erweiterung der Rechte der Preisprüfungsstelle. Die gleiche Eingabe haben wir an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet.“

Mörderzentrale „Oberland“

München, 10. Oktober. Die Münchner Post bringt heute wieder umfangreiches Material über die in München bestehende Mörderzentrale und ihre Zusammenhänge mit dem oberschlesischen Mördernest. Sie schreibt: In München besteht kein „Wurstkommando“, sondern es heißt nämlich „Rollkommando Oberschlesien“. Die Leute des Rollkommandos sind ausgerüstet mit Gummiknüppeln und Brownings. Ihr Führer in München hat fünf Wohnungen. Ein Sonderbund dieser Organisation heißt Bund der Elf. Das Artilleriedepot dieses Oberlandes hat einen eigenen Intendanten und erhält von der Zentrale in Breslau die Gelder. Ein Münchner Professor ist Batterieführer von Geschützen, die das Oberland an bestimmten Orten in den Vororten Münchens versteckt hat. Eine Haussuchung in sämtlichen Bureaus des Oberlandes ist deswegen meistens ergebnislos, weil die betreffenden Herren die Akten in ihre Wohnungen mitnehmen. Die Akten des Artilleriekorps Oberland enthalten die **Aufzeichnungen über sämtliche Munitions-, Waffen- und Geschützdepots.**

Diese Artillerieakten enthalten aber auch die Infanterieaufstellung von Oberland. Die drei Infanteriebrigaden sind unter den Namen Eiche, Buche und Esche aufgeführt. Für diese Infanteriebrigaden sind sämtliche Ausrüstungsgegenstände in reichem Maße vorhanden. Der Artillerieformation genügen die Waffen, die sie besitzt, nicht, weshalb sie auch ein Verzeichnis von den Fabriken angefertigt hat, die im Bedarfsfall sofort Munition herstellen würden. Zu den Waffenverschiebungen dieser Johannisformation [illegible] Automobile, die bereits in das Eigentum des [illegible] übergeführt sein sollen.

Das Geheim-[illegible], das am 4. September von München an Dr. Ange in Breslau gesandt wurde, enthält auch eine **Anweisung zum Mord** an einen Angehörigen des [illegible], unter [illegible] an [illegible] Mitglied der Organisation, der wegen Verratsverdacht [illegible] wurde. In München fand kürzlich eine **Führerbesprechung** der Obersten [illegible] in der neuerdings über die **Befreiung** des „Hauptmanns v. Kessel“ [illegible] dieser, verhandelt wurde. Es wurde hierbei auch mitgeteilt, daß **täglich Mannschaften nach Tirol** abgehen und in Tiroler Arbeitsgemeinschaften untergebracht werden. Des weiteren wurde ein sogenanntes **Linienamt** [illegible] in den [illegible] Arbeitsgemeinschaften, die für einen [illegible] in Frage kommen, eingetragen sind. Auch eine **Liste über Kraftwagen und Waffenlager** ist angelegt. An dieser Führerbesprechung nahm **auch der Urschlesische** vertretene Dr. **Ange** teil. Ein Breslauer Rechnungsrat liefert an die Organisation **vor allem die Berichte** über den Aufenthalt führender Regierungspersonen. Dr. Ange hat im Hotel Deutscher Kaiser gewohnt. **Von einem Berliner Ober**regierungsrat erhielt er die **Mitteilung**, daß eine Umsturzbewegung nur dann Erfolg verspreche, wenn es gelinge, **vorher einen Putsch vorzutäuschen**, auf den dann unsere militärischen Aktionen folgen können. Die **Großindustriellen**, die die Mörderzentrale finanziell unterstützen, erklären sich bereit, **für politische Verbrechen einen entsprechenden Betrag** zur Verfügung zu stellen. Einer der [illegible] hat einem Kurier gegenüber geäußert, er bekomme eine Million, wenn er in den Zeitungen etwas „vom Verlag“ [illegible]. Es wurde lamentiert über **die Beseitigung von Rathenau** und Gradnauer gesprochen.

Hierzu schreibt unser Münchner Parteiblatt: Warum hilft man heute nicht mit an der **Aufhellung der dunklen Mächte**, warum versucht man im Gegenteil zu vertuschen? Warum überläßt man die Reinigung aller eitrigen Stellen im Volkskörper allein den Sozialdemokraten!

Briand fordert Weltsolidarität

Paris, 9. Oktober. Ministerpräsident Briand hielt heute nachmittag bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Bankett in St. Nazaire eine Rede. Er sagte, einer schönen republikanischen Tradition zufolge wolle er vor der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten seine Gedanken zum Ausdruck bringen und die Richtlinien mitteilen, nach denen er die Politik zu erledigen gedenke. Er liebe die Polemik nicht; einige Kritiken müsse er jedoch widerlegen, weil der Ministerpräsident Frankreichs seine Autorität nicht vermindern lassen könne. Aus Angelegenheiten, die er im Namen der Nation erledigt, seien Meinungsverschiedenheiten. Man habe gesagt, wenn er, Briand, gewisse Konzessionen verweigern würde, könne Frankreich einen besseren Nutzen aus seinem Siege ziehen. Frankreich habe die größten Opfer gebracht; es habe ein Anrecht auf volle Reparation seiner Schäden. Er habe auch gedacht, daß Frankreich nach dem Siege ein Anrecht auf Frieden habe und ein Anrecht darauf, in der Welt einen ersten Platz einzunehmen. Wäre das nicht so, dann seien die Männer, die Frankreich regieren, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Er habe die Regierung übernommen in der Absicht, den

Frieden für Frankreich

sicherzustellen. Das sei vielleicht keine Politik, die die Massen begeistere, aber sie führe wenigstens nicht zu Eventualitäten, aus denen die Länder oft ruiniert herauskämen. Während der Friedensverhandlungen habe Frankreich Konzessionen machen müssen. Wenn also die guten Franzosen, die die Friedensverhandlungen geführt hätten, gezwungen gewesen seien, sich damit abzufinden, dann müßten sie die elementare Intelligenz besitzen, zu begreifen, daß er, der erst zwei Jahre nach Abschluß des Waffenstillstands zur Regierung gelangt sei, ohne ein vollkommenes Instrument in Händen zu haben, kein vollkommenes Werk habe schaffen können. Wie sein Vorgänger habe er, um die Ausführung des Friedensvertrags möglich zu machen, in vollem Einverständnis mit Frankreichs Alliierten handeln müssen; ohne diese Solidarität wäre die Ausführung des Vertrags unmöglich. Aber niemals könne Frankreich alles erlangen, was man ihm schulde, weil es Dinge gäbe, die man nicht bezahlen könne.

Die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, einer Zahlung entsprochen, die alle Voraussetzungen überschreite. Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands betrug 128 Milliarden Goldmark. Sie habe zur Zeit der Festsetzung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entsprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2600 Milliarden, heute auf

4000 Milliarden Papiermark

angewachsen. So änderten sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man da sagen, daß Frankreichs Forderung verstümmelt wurde! Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker voneinander die Notwendigkeit ergebe, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen. Die Völker, deren Wechselkurs am höchsten sei, fanden in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland — das sei zwar paradox, weil es besiegt worden sei — gerade in dem schlechten Stand seiner Mark die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch zu sein im Interesse aller Länder, da die Lage niemals das völlige Gleichgewicht wieder erlangen könnte, wenn die

Weltsolidarität

nicht hilfreiche Hand biete.

Im weiteren Verlauf seiner Rede lehnte Briand es ab, sich auf Preisbegleitungen einzulassen. Um den schlechten Willen des deutschen Militarismus zu besiegen, habe seine Regierung die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort beschlossen. Das seien Ereignisse von großer Bedeutung, die der Regierung nicht auf das Aktivkonto gebucht würden, während man von ihrem Tadel großes Aufheben mache. Wenn man an 1871 erinnere, so vergesse man, daß der letzte Krieg alle finanziellen und wirtschaftlichen Vorteilungen umgestoßen habe. Die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 habe die Regierung nicht leichten Herzens unternommen. Das Ergebnis habe gezeigt, daß sie gerechtfertigt gewesen sei, denn am Jahrestage des Friedensschlusses von Frankfurt a. M. habe der Deutsche Reichstag die Niederlage Deutschlands anerkannt. Hätte man die Jahresklasse 1919 noch länger draußen gelassen, dann hätte man den Kriegszustand unnötig verlängert. Seitdem habe

Deutschland gewissenhafter als in der Vergangenheit

seine Verpflichtungen erfüllt. Es habe entwaffnet. Frankreich halte an seinen Allianzen fest. Die Regierung aber vergesse nicht, daß nicht allein das französische Blut auf dem Boden Frankreichs für die Freiheit geflossen sei. Frankreich werde, ohne etwas von seinem Recht auf Sicherheit aufzugeben, nicht vergessen, was es den Alliierten schulde. Jetzt sei Frankreich nach Uebersee eingeladen. Man werde dahin gehen, um eine Dankespflicht abzutragen und um eine Pflicht gegenüber Frankreich zu erfüllen. Frankreich müsse gerüstet bleiben, solange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Frankreich habe ein Anrecht auf Reparationen und auf seine Sicherheit. In dieser Hinsicht werde die Regierung keinen Augenblick schwanken. Die französische Regierung habe

Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung.

In der Kammer werde er sich auszusprechen haben. Wenn ein genialer Geist das Geheimnis besitze, alles besser zu machen, als er, so werde er ihm sofort den Platz räumen. Er klebe nicht an seinem Posten, aber bis zu diesem Beweise und solange er das Schiff noch nicht im sicheren Hafen habe, wolle er die Hand am Steuer behalten.

Briand ging dann zu innerpolitischen Fragen über und betonte, daß das republikanische Regime ein Anrecht darauf habe, zu sagen: „Ich bleibe!“ Deshalb müsse man einen Ausgleich zwischen den Extremen der Linken und der Rechten schaffen.

Briands Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die französische Presse beurteilt die Ansprache nach den vorliegenden Auszügen zum größten Teil günstig. Hervé nennt in der Victoire die Rede eine direkte Entgegnung auf die Tatzenhiebe des „Tigers“. Im Journal des Débats wird erklärt, Briand habe recht gehabt, noch einmal die Folgen der Soldatenpolitik aufzuzeigen.

Die Royalisten gegen Briand

St. Nazaire, 11. Oktober. Im Laufe der Nacht versuchten drei aus Paris zugereiste Royalisten beleidigende Plakate anzukleben. Außerdem sollten sie bei der Ankunft des Ministerpräsidenten manifestieren. Sie sind alle drei verhaftet worden. Vor dem Bankett hat Briand eine Arbeiterdelegation empfangen, die ihm ihre Forderungen und Wünsche bekanntgab.

Leben • Wissen • Kunst

Zweiter Volksbühnentag

Am 1. und 2. Oktober fand in Eisenach der zweite Vertretertag der deutschen Volksbühnenvereine statt, der außerordentlich zahlreich besucht war. Vertreter der preußischen wie der großherzoglichen Staatsregierung begrüßten die Tagung und würdigten die Bedeutung der Volksbühnenbewegung. Der Bericht des Generalsekretärs Dr. Nestriepke ließ erkennen, daß sich unter der Einwirkung des im vorigen Jahre begründeten Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine zahlreiche neue Organisationen bildeten, so daß heute in mehr als 30 Städten Volksbühnen bestehen und ihren fast 400 000 Mitgliedern regelmäßig gegen Entrichtung eines einheitlichen geringen Beitrages künstlerisch hochwertige Theatervorstellungen — teils in eigenen Bühnenhäusern, teils in den bestehenden Stadt- und sonstigen Theatern — zugänglich machen.

Dr. Ludwig Seelig, Referent im Preußischen Kultusministerium, behandelte sodann in einem anregungsreichen Vortrag die Notwendigkeit und die gegebenen Möglichkeiten einer Förderung der Volksbühnenbewegung durch Gesetzgebung und Behörden. Er setzte sich besonders für eine Befreiung der Volksbühnenvereine als gemeinnützige Organisationen von allen Steuern und von jeder polizeilichen Konzessionspflicht ein und forderte Heranziehung von Vertretern der Bewegung zu allen Beratungen über Theaterfragen. Nur eine ständige Ausbreitung und Erstarkung der Volksbühnenbewegung könne das deutsche Theater vor seinem Zusammenbruch retten.

Karl Bröger, Nürnberg, und Rich. Seidel, Berlin, behandelten das Thema „Volksbühne und Weltanschauung“. Seidel wies die Bedenklichkeit besonderer „Proletarischer“ Theater nach, so lange es noch keine proletarische Kunst gebe und geben könne; wie es ein Wahnsinn wäre, im Interesse des Sozialismus zunächst die Zerstörung aller Maschinen der heutigen Wirtschaft vorzunehmen, so wäre es ein Unfug, dem Proletariat die Schätze der bürgerlichen Kunst verschließen zu wollen, die es als Material für den Aufbau seiner neuen sozialistischen Kultur gar nicht entbehren könne. Mit Entschiedenheit lehnte er aber erst recht die Bestrebungen des Bühnenvolksbundes auf Schaffung „christlicher“ Theatergemeinden ab, die nur scheinbar den Gemeinschaftscharakter zu verwirklichen suchten. Bröger wies auf die Verwandtschaft der Volksbühnenbestrebungen mit dem sozialistischen Kulturziel, eine Erhebung aller Schaffenden, hin und betonte ihren Beruf, die gemeinsame Not der Massen von heute in gemeinsame Freude zu wandeln. Von diesem Gesichtspunkte aus wandte er sich besonders gegen die Bemühungen des Bühnenvolksbundes, die Volksbühnenidee einer „Wiedergeburt“ des mittelalterlichen kirchlichen Dramas nutzbar zu machen, das für unsere Zeit gar nicht wiederzuerwecken sei. Beide Redner kamen zu dem Schluß, daß allein richtig der Weg sei, der von den im Verbande vereinigten Volksbühnenvereinen eingeschlagen sei, mit dem Ziele, den Massen des Volkes in ihrem Ringen nach sozialem und kulturellem Streben behilflich zu sein, aber durch Vermittlung von wahrhaften Kunstwerken ohne jede weltanschauliche Begrenzung. — Ihren Abschluß fand die Tagung durch zwei anregende Vorträge von Madeleine Lüders, Hamburg, und Hermann Schwein, München, über „Künstlerische Probleme der Volksbühne“.

Vorort des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine wurde wieder Berlin, Vorsitzender Unterstaatssekretär a. D. Kurt Baake, Generalsekretär Dr. S. Nestriepke, Berlin.

Konzert

Kammermusik-Abend. Die Trio-Vereinigung mit dem ersten Konzertmeister der Berliner Staatsoper, dem hervorragenden Geigenmeister Deman an der Spitze und dem trefflichen Breslauer Musiker Bozniak am Klavier hat einen schweren Verlust durch den plötzlichen Tod des Berliner Cellisten Bloer erlitten; denn das Trio stellte in seiner eingespielten rassigen Geschlossenheit — wie wir nach dem vorjährigen Abend mit wärmster Anerkennung feststellten — einen einzigartigen Organismus von seltener Rundung und zugleich leidenschaftlicher Energie dar. Gestern war ein junger, hochbegabter Cellist — Karl Dechert — von den beiden Meistern als dritter Spieler eingeordnet worden, dessen schöner Ton auf dem Amati-Violoncell und dessen Nachgeben auf die Impulse seiner Partner ihn als wertvolle Ergänzung erscheinen lassen. Das gestrige Programm gab in seinen beiden Hauptwerken Gelegenheit zur Entfaltung aller Kräfte und Reize der Künstler: Schuberts unsterbliches Werk 100 zog wie ein Reihen seltener Genien vorüber; nie haben wir alle diese „ahnenden Welträume“ der Schubertschen Musikseele mit ihrer naiven Lebenslust, ihrer Frühlingswehmut, dem Frohsinn und der Kraft so abgeklärt und in letzte Form gegossen wiedergegeben gehört. Und Dvořáks Dumky-Trio mit seiner sensitiven Schwermut wird man wiederum selten so, in slawische Hingegebenheit an die Stimmung getaucht, genießen können; wie Demans Geige hier verzehrend zu singen weiß, bald in verschleiertem Sehnen, bald in lodbrechender Leidenschaft, bald in dunkler Melancholie — das sind unwiderstehliche Reize von stark persönlicher, zugleich auch überpersönlicher nationaler Färbung. Als Neuheit brachte der Abend eine Geigensonate von Ildebrando Pizzetti, ein Werk nicht aus den heiteren Regionen, wo die reinen Formen wohnen, sondern mehr voll Empfindungskreisen wie aus Dantes Purgatorio. Der italienische Komponist gehört zu den Neuerern, die mit dem atonalen System liebäugeln, doch aber in Kadenzen und andern harmonischen Folgen oft wieder in die alten Tonarten wege sich verstricken, die sie überdies nicht überlegen beherrschend entwirren können. Rhythmisch sehr kompliziert und doch nicht charakteristisch eindrucksvoll stellt die Sonate für die Wiedergabe vor ungewöhnliche Schwierigkeiten, die aber Deman mit seiner überlegenen Meisterschaft und seinem alles belebenden Geigerblut spielend löste, überdies den melodischen, sehr zerstückelten Faden mit großem Atem zusammenknüpfte. An einem klangvollen Rönisch-Flügel brachte Bozniak den Klavierpart mit modulationsreichem Spiel sehr zur Geltung.

E. B.

Dresdner Kalender

Theater am 12. Oktober. Opernhaus: Sizilianische Bauernehre. — Der Bajazzo (7). — Schauspielhaus: Iphigenie auf Tauris ($7\frac{1}{2}$). — Neustädter Schauspielhaus: Das vierte Gebot ($7\frac{1}{2}$). — Zentral-Theater: Die Tanzgräfin (7). — Residenz-Theater: Mascottchen (7).

Neustädter Schauspielhaus. Infolge der Körner-Festtage muß Freitag den 14. Oktober eine Spielplanänderung eintreten. Zur Aufführung gelangt die Orientreise, Schwank in drei Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Zentraltheater. Sonnabend den 15. dieses Monats gelangt Die spanische Nachtigall, Operette in drei Akten von Rudolph Schanzer und Ernst Welisch, Musik von Leo Fall, zur Erstaufführung.

Volkshochschule. Freitag den 14. Oktober beginnen: Dr. Georg Bierbaum: Der Mensch, sein Körperbau und die Tätigkeit seiner Organe (mit Lichtbildern), $7\frac{1}{4}$ Uhr im Naturkundezimmer der Dreikönigschule, Kaminstraße 17; Professor Paul Herrmann: Zeichnen und Kunstempfinden, 7 Uhr im Zeichensaal der Kreuzschule, Georgplatz; Dr. Max Seber: Aussprache über grundsätzliche Fragen der früher abgehaltenen Vortragsreihen: Grundbegriffe der äußeren Politik, Klassenkampf und Klassengegensätze, Lebenswünsche des einzelnen und Lebensnotwendigkeiten der Gesellschaft, 7 Uhr im Zimmer 20 der 37. Volksschule, Georgplatz 16/17; Dr. med. Marie Snell: Das Nervensystem des Kindes, $7\frac{1}{4}$ Uhr in der Städtischen Höheren Mädchen- und Frauenschule, Zinzendorfstraße 15. Teilnehmerkarten in den Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 8, I (16. Volksschule), oder, solange noch vorhanden, bei den einzelnen Kursleitern.

Sechste geologische Wanderung mit Johannes Windrich: Sonntag den 16. Oktober: Goppeln—

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211011/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG